

An den
Vorsitzenden des
Rates

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de

Fraktionsvorstand

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 06.05.2010

AN/0898/2010

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	20.05.2010

Hauptschulschließungen - weitere Nutzung der Gebäude

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu nehmen:

Beschluss:

1. Die Schulgebäude der im Schuljahr 2010/11 schließenden Hauptschulen in Köln werden auch nach Schließung der bestehenden Hauptschulen als Schulgebäude genutzt. Die Schulverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche dieser Hauptschulstandorte sich für die Errichtung neuer Gesamtschulen eignen oder sinnvoll als Außenstellen bestehender Gesamtschulen genutzt werden können.
2. Die Werkstätten in diesen Schulgebäuden, die bisher für das Projekt „Praxisstationen“ genutzt wurden, werden auch weiterhin für dieses – für Schüler auch anderer Schulen offene – Projekt genutzt. Eine alleinige Nutzung der Werkstätten nur durch die Schüler einer eventuell neu in das Gebäude ziehenden Schule ist nicht vorgesehen.
3. Schüler der zu schließenden Hauptschule müssen auch im Schuljahr 2010/11 die Möglichkeit haben, ihre Schülerfirma aufrecht zu erhalten und dazu gegebenenfalls ihre „alte“ Werkstatt nutzen können.

Begründung:

Im Schuljahr 2010/11 werden bis zu zehn Hauptschulen aufgrund zu geringer Anmeldezahlen schließen müssen. Auch wenn die Schülerzahlen in Köln zurückgehen,

werden Schulgebäude aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen in einzelnen Stadtteilen und angestrebter Verkleinerung der Klassen gebraucht. So heißt es im Handlungskonzept demographischer Wandel: „Schulstandorte sind zukunftsfähig so zu gestalten, dass bei Erfordernis der Wechsel von Schulformen an einem Standort möglich ist.“ Eine anderweitige Nutzung oder Vermarktung durch die Stadt Köln steht diesem beschlossenen Konzept entgegen.

Die Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung im Bereich der Berufs- und Studienorientierung zwischen dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Schule und Weiterbildung und der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit enthält die „Verpflichtung“, „Angebote flächendeckend an allen allgemeinbildenden Schulformen der Sekundarstufen I und II“ zu realisieren. Es erfüllt die Forderung im Rahmenkonzept des Ausbildungskonsens NRW nach einer „Verankerung der Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung in der Schulprogrammarbeit aller Schulen, Schulformen und -stufen“.

Das Projekt „Praxisstationen“ bahnt Schülern Wege in Ausbildung. Über das Schulamt ist die Stadt einer der Träger des Projektes. Die Akzeptanz des Projektes zeigt die Zusammenarbeit mit den Innungen Farbe oder Heizung, Sanitär und Klima oder Betrieben wie HochTief oder der GAG. Diese Form, den Übergang von der Schule in den Beruf zu gestalten, hat sich bewährt, wie die Beteiligung von 54 Schulen, von der Haupt, Real- und Gesamtschule bis hin zum Gymnasium zeigt.

Werkstätten der Dimension, die eine sinnvolle Durchführung des Projekts ermöglicht, gibt es nicht an allen Schulen. Deshalb werden die vorhandenen Raumkapazitäten dringend gebraucht. Auch eine neue (schulische) Nutzung des Gebäudes ist mit dem Projekt „Praxisstationen“ kompatibel, denn es richtet sich an Schüler jeder Schulform.

Die Schüler der zu schließenden Hauptschulen dürfen nicht Leidtragende der Entwicklung sein. Projekte, die Wege ins Berufsleben ebnen, sind dringend notwendig für einen erfolgreichen Start ins Leben. Schülerfirmen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Dieser Baustein einer erfolgreichen Schulkarriere darf durch einen eventuellen Schulwechsel nicht abbrechen.

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Jörg Detjen
Fraktionssprecher

gez.

Gisela Stahlhofen
Fraktionssprecherin